



Auf den Punkt

Vom Zeichnen als Kultur und vom Zeichner als Künstler. Aus der DDR kommend, setzte sich der nachdenklich-heitere Klaus Ensikat auch im Westen durch. Dem Grafiker und Illustrator zum 80. Geburtstag. Von Harald Kretzschmar

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 17. JANUAR 2017 · NR. 14 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Ignorieren

Auf Export in die USA orientiert:
3 Trotz Warnungen hält Berlin an Außenhandelsstrategie fest

Protestieren

Initiatoren der Demo »Wir haben es satt!« prangern Missstände in der Agrarindustrie an
5

Versorgen

Uganda: Präsident Yoweri Museveni ernennt Sohn zum Sonderberater. Opposition protestiert
6

Oszillieren

Im »Wörterbuch des besorgten Bürgers« liegen Lachanfall und Erkenntnis nah beieinander
11



Donald Trump erklärt den Kriegspakt für überflüssig und die EU zum Instrument Deutschlands. Westeuropas Interventionisten sind fassungslos. Von Arnold Schölzel

Für Entsetzen und Empörung bei NATO, EU und deren Mitgliedsstaaten sorgte am Montag ein Interview mit dem US-Milliardär Donald Trump, das *Bild* und die Londoner *Times* veröffentlichten. Der zukünftige Präsident der USA, der am kommenden Freitag in sein Amt eingeführt wird, erklärte dort zwar, ihm sei die NATO sehr wichtig. Gleichzeitig bezeichnete er die Allianz aber mehrfach als überflüssig, als »obsolet«. Erstens sei sie »vor vielen, vielen Jahren entworfen worden«, zweitens zahlten nur fünf Länder das, was sie zahlen sollten. Sie sei obsolet, »weil sie sich nicht um den Terrorismus kümmert« habe.

Ähnlich ungewohnt für die Ohren von Transatlantikern waren Trumps Bemerkungen zur EU: »Im Grunde ist die Europäische Union ein Mittel zum Zweck für Deutschland«. Deswegen habe er es »so klug von

Großbritannien gefunden« auszutreten. Nach seiner Meinung würden weitere Länder die EU verlassen, die Aufnahme vieler Flüchtlinge sei der Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe. Vor der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe er großen Respekt gehabt, aber: »Ich finde, sie hat einen äußerst katastrophalen Fehler gemacht, und zwar all diese Illegalen ins Land zu lassen (...) Ich finde, wir hätten Sicherheitszonen in Syrien einrichten sollen, das wäre wesentlich billiger gewesen. Und die Golfstaaten hätten dafür zahlen sollen, die haben doch schließlich Geld wie kein anderer«. Das Ganze aber hätte nie passieren dürfen, der Irak hätte »gar nicht erst angegriffen werden dürfen«. Das sei »möglichlicherweise die schlechteste Entscheidung, die in der Geschichte unseres Landes je getroffen wurde«. Was da entfesselt wurde, sei »wie Steine in

ein Bienenstich zu schmeißen«. Nun sei es »einer der größten Schlamassel aller Zeiten«.

Nach den westlichen Sanktionen gegen Russland gefragt, antwortete der designierte Präsident, er finde, die Menschen müssten miteinander auskommen: »Mal sehen, ob wir ein paar gute Deals mit Russland machen können«. Es sollte »deutlich weniger Nuklearwaffen geben, sie müssten »erheblich reduziert« werden. Trump erneuerte seinen Vorwurf, beim Atomabkommen mit dem Iran handle es sich um »eines der schlechtesten Abkommen, die je getroffen worden sind«. Er weigerte sich aber zu erläutern, welche Schlüsse er daraus zieht.

Bei den transatlantischen Bellizisten Europas kam all das nicht gut an. Neben vielen anderen äußerte sich der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) entsprechend. Nach einem Gespräch mit NATO-Generalsekretär Jens Stolten-

berg in Brüssel sagte er gestern, die Organisation habe die Erklärung, dass sie obsolet sei, »mit Besorgnis« aufgenommen. Generell hätten Trumps Aussagen zu EU und NATO nicht nur in der belgischen Hauptstadt »für Verwunderung und Aufregung gesorgt«. Die Äußerung widerspreche dem, was der designierte US-Verteidigungsminister James Mattis bei seiner Anhörung vor dem US-Senat gesagt habe. Steinmeier wiegelte daher ab: »Wir müssen sehen, was daraus für die amerikanische Politik folgt«. Bundeskanzlerin Merkel erklärte in Berlin mit Bezug auf das Trump-Interview, »Ich denke, wir Europäer haben unser Schicksal selber in der Hand«. Zum künftigen Verhältnis zu den USA sagte sie: »Meine Position zu den transatlantischen Fragen ist bekannt.« Am Donnerstag hatte sie bei einer Rede in Brüssel geäußert, es gebe für die transatlantische Partnerschaft keine »Ewigkeitsgarantie«.

US-Marine in Norwegen eingetroffen

Oslo. Etwa 300 US-Marineinfanteristen sind am Montag zu einer sogenannten rotierenden Stationierung in Norwegen eingetroffen. Die Soldaten verließen eine Boeing 747 auf dem Flughafen Vaernes bei Trondheim mit Waffen und Gepäck, wie im norwegischen Fernsehen zu sehen war. Die Regierung in Oslo hatte die geplante Stationierung der US-Soldaten im vergangenen Oktober bekanntgegeben. Trondheim liegt etwa 1.000 Kilometer Luftlinie westlich von Russland. Offiziell geht es um einen einjährigen Test, bei dem die Marines besser mit der norwegischen Armee trainieren und gemeinsam Manöver unter harten Bedingungen abhalten sollen. Die russische Botschaft in Oslo hatte Protest gegen die Maßnahme angemeldet und erklärt, die »Sicherheitslage in Nordeuropa« werde sich dadurch »sicherlich nicht verbessern«. (AFP/JW)

Behörden tagten wöchentlich zu Anis Amri



Berlin. Das Parlamentsgremium zur Kontrolle der Geheimdienste (PKGr) fordert Aufklärung über den Umgang der Behörden mit dem späteren Attentäter Anis Amri. Vorsitzender Clemens Binninger und der SPD-Innenexperte Burkhard Lischka regten am Montag die Einsetzung einer internen Ermittlergruppe an. Das Gremium wertete eine vom Innen- und Justizministerium vorgelegte Chronologie zu den Behördenabläufen im Fall Amri aus. Gehört werden sollen Vertreter des Verfassungsschutzes und des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration (BAMF). Aus der Chronologie geht hervor, dass sich die Behörden seit Ende 2015 nahezu wöchentlich mit dem tunesier befassten. Es gebe eine »ganze Reihe offener Fragen«, sagte der Vizevorsitzende des PKGr, André Hahn (Linke), am Montag im *ZDF-»Morgenmagazin«*. Es gehe darum, was der Verfassungsschutz oder der Bundesnachrichtendienst gewusst hätten. (dpa/JW)

Andrej Holm wird wieder Aktivist

Rücktritt: Berliner Baustaatssekretär kam seiner Entlassung zuvor

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen in der »rot-rot-grünen« Berliner Regierungskoalition hat Baustaatssekretär Andrej Holm seinen Rücktritt erklärt. »Heute ziehe ich eine Reißleine. Den versprochenen Aufbruch in eine andere Stadtpolitik hat diese Koalition bisher nicht ernsthaft begonnen – das allein mit meiner Personalie zu begründen, wäre absurd«, schrieb der parteilose Linke in einer am Montag veröffentlichten Stellungnahme. Der Stadtsoziologe und langjährige Mietrechtsaktivist kam damit einer Entlas-

sung zuvor, die Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) schon beschlossen hatte. Müller hatte Holms Vorgesetzte, Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke), am Wochenende aufgefordert, dem Senat eine entsprechende Vorlage zuzuleiten.

Holm hatte im Alter von 18 Jahren im September 1989 als Anwärter für die Laufbahn als Berufsoffizier im Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) seinen Dienst im MfS-Wachregiment »Feliks Dzierzynski« angetreten. Dieses war bereits Ende Januar 1990 aufgelöst worden. Vorge-

worfen wurde ihm nicht sein persönliches Verhalten während dieser fünf Monate. Er soll bei seiner späteren Anstellung an der Berliner Humboldt-Universität 2005 falsche Angaben über die Hauptamtlichkeit der kurzen MfS-Tätigkeit gemacht haben. Die Hochschule hat aber offiziell noch nicht entschieden, ob er seine Stelle dort verliert.

Holm erklärte am Montag, bei der Forderung, ihm sein neues Amt zu entziehen, sei es »nicht nur um meine Zeit bei der Stasi und um falsche Kreuze in Fragebögen« gegangen,

»sondern vor allem um die Angst vor einer Wende im Bereich der Stadt- und Wohnungspolitik«. Er kündigte an, weiter dafür zu kämpfen: »Um gemeinsam zu überlegen, wie wir auch ohne mich als Staatssekretär eine soziale Wohnungspolitik in Berlin am besten durch- und umsetzen können, lade ich alle Interessierten und insbesondere die zahlreichen stadt- und mietenpolitischen Initiativen heute abend um 18 Uhr zur öffentlichen Diskussion ein.« Das Treffen sollte am Montag im Wedding stattfinden. (jw) ■ Siehe auch Seite 8

jw wird herausgegeben von 1.981 Genossinnen und Genossen (Stand 10.1.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

